

27. September 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Die Redaktionen versuchen das Ergebnis der Bundestagswahl zu verstehen und die Folgen auszuloten.



Olaf Scholz präsentierte sich nach der Wahl bei der „Berliner Runde“ als Gewinner. (Sebastian Gollnow/dpa-Pool/dpa)

Die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG** schaut dabei zunächst auf Olaf Scholz: „Bis vor wenigen Wochen schien die SPD im 15-Prozent-Keller gefangen zu sein. Dann unterliefen Annalena Baerbock und Armin Laschet jene Fehler, die viele Wähler zu der Überlegung brachten: Wollen wir uns dann nicht doch lieber von Olaf Scholz regieren lassen? Die große Frage war, in welchem Ergebnis diese Überlegung münden würde. All das, was seit Jahren zur SPD analysiert worden war, ist ja nicht plötzlich falsch geworden: ihr struktureller Verlust bei Jungen, in Städten, bei Arbeitnehmern; das ewige Hadern der Partei mit sich selbst, was ihr eine Art politischen Mundgeruch verschaffte. Der Unterschied zwischen 2017, dem Schulz-Effekt, und 2021, dem Scholz-Effekt, ist, dass letzterer gehalten hat“, unterstreicht die **SÜDDEUTSCHE ZEITUNG**.

DER NEUE TAG aus Weiden wird deutlicher: „Scholz hat schlicht und einfach weniger falsch gemacht als seine beiden Haupt-Kontrahenten. Damit ist er für viele Wähler aus der politischen Mitte als kleinster gemeinsamer Nenner übriggeblieben. Oder, weniger charmant ausgedrückt: als das kleinere Übel.“

Die **MITTELDEUTSCHE ZEITUNG** interessiert sich für einen anderen Aspekt: „Für Olaf Scholz bringt die Trendwende auch Genugtuung gegenüber seiner eigenen Partei. Denn: Als Parteivorsitzenden wollten ihn die SPD-Genossen nicht haben. Das hat ihn damals ganz sicher tief getroffen. Nun hat er allen Zweiflern bewiesen, wie man sehr souverän bei den Wählern punkten kann,“ betonte die **MITTELDEUTSCHE ZEITUNG** aus Halle.

Nun zur Partei der bisherigen Kanzlerin. „Die Union ist im Eimer“, so beginnt die Tageszeitung **DIE WELT** und fährt schonungslos fort: „Nach einem beschämend

schlechten Wahlkampf mit einem liebenswert unglücklichen Kandidaten und einer verunsicherten Basis muss die Union die Konsequenzen aus dem personellen und programmatischen Elend ziehen. Dass die verstaubten Granden Schäuble und Bouffier am Ende den Ausschlag für Laschet gaben und damit in die Clique der möglichen Totengräber dieser Partei eintraten, hat etwas Tragisches. Die CDU ist – anders als Teile der CSU – nicht so recht im 21. Jahrhundert angekommen. Die Jungen und Klaren müssen jetzt die Partei an sich reißen. Allen voran Carsten Linnemann und Jens Spahn, die in Gründung befindliche Denkfabrik von Andreas Rödder und Kristina Schröder sollte gleich das Konrad-Adenauer-Haus übernehmen“, fordert die Zeitung **DIE WELT**.

Mit CDU und CSU befasst sich auch die **FRANKFURTER ALLGEMEINE**, wenn auch mit einer anderen Schlussfolgerung: „Die Hoffnungen der Union auf den Last-Minute-Swing haben sich nicht erfüllt. Der Umschwung, der auf den letzten Metern die klare Wende bringen sollte, ist ausgeblieben. Die Union weiß nun, wie hoch der Kanzlerbonus ist, den sie mit Merkels Abgang verloren hat. Deutschland stehen Monate mit Koalitionsverhandlungen ins Haus, wie es sie noch nicht gegeben hat. Den Unionsparteien wäre nicht mehr zu helfen, wenn sie sich in dieser Lage nicht wirklich geschlossen hinter ihren Kanzlerkandidaten stellten und ihn so stärken würden wie nur irgend möglich.“ Soweit die **FAZ**.

Die **TAGESZEITUNG** setzt sich mit den Grünen auseinander und fragt sich zudem, welche Bedeutung das Thema Klima am Ende wirklich hatte: „Die Grünen haben ihr Ziel verfehlt, das Kanzlerinnenamt wieder in die Hände einer Frau zu geben. Das Grünen-Ergebnis muss enttäuschen. Es lässt für keine der denkbaren Koalitionen, um die es nun gehen wird, viel Gutes für die Klimapolitik erwarten. Die Klimakrise war als Thema durchaus präsent, hat aber erkennbar keine Mehrheit ausreichend bewegt. Viele mögen dank der medialen Aufklärung sogar endlich begriffen haben, welche Veränderungen uns noch abverlangt werden dürften – und eben darum das Kreuz bei einem Kandidaten gemacht haben, der Schonung der Konsumgewohnheiten versprach“, vermutet die **TAZ**.

Das in Düsseldorf erscheinende **HANDELSBLATT** vergleicht die Chancen von SPD und CDU auf die Regierungsbildung: „Die SPD wird versuchen, der FDP ein Angebot zu machen, das sie nicht ablehnen kann. Laschet wiederum muss die Grünen überzeugen, dass sie bei ihm besser aufgehoben sind als bei den Sozialdemokraten. Sein Balanceakt wird schwieriger sein als der von Scholz. Laschet darf den Grünen nur so viel bieten, dass die FDP nicht abwinkt. Es muss aber so viel sein, dass die Grünen mit ihm und der FDP regieren wollen“, meint das **HANDELSBLATT** und fasst zusammen: „Am Ende dieses historischen Tages gilt: Der Vorhang ist gefallen, und alle Fragen sind offen.“

Ampel oder Jamaika? – Diese Frage stellt sich auch der **KÖLNER STADT-ANZEIGER** und schreibt: „Auf dem langen Weg dahin kommt es für die Verhandlungsführer auf die Kunst des Zugeständnisses, des Kompromisses und der Gesichtswahrung. Der König der Sondierer wird am Ende auch der Kanzler sein.“

Die **BADISCHE ZEITUNG** nennt es bemerkenswert, dass FDP-Chef Christian Lindner den Grünen noch am Wahlabend Gespräche angeboten hat und schreibt dann: „Noch bemerkenswerter war allenfalls, dass Annalena Baerbock die Offerte prompt annahm. Solche Sondierungen zwischen kleineren, potenziellen Partnern wären früher undenkbar gewesen. Wer weiß, womöglich zeichnet sich hier schon der erste Wandel in der politischen Kultur ab, den dieses Wahlergebnis erzwingt.“

Die [LEIPZIGER VOLKSZEITUNG](#) ist sich sicher: „Es wird ein Neustart, so und so. Die Drohkulisse, es sei mit diesem oder jenem Kandidaten bloß eine Manifestierung des Bestehenden, wird sich schnell als Wahlkampfgetöse entblättern. Denn alle Parteien sind sich einig: Es muss viel passieren in diesem Land.“

Die [FRANKFURTER RUNDSCHAU](#) ruft zu folgendem Gedankenspiel auf: „Da es praktisch unmöglich ist, für Koalitionen mit klarem inhaltlichen Profil parlamentarische Mehrheiten zu finden – warum redet dann niemand über eine Minderheitsregierung? Der ängstliche Verzicht auf diese Option stellt heute einen Anachronismus dar. Wie wäre es, wenn sich dem neuen Bundestag einfach zwei Kanzlerkandidaten zu Wahl stellten? Der Sieger müsste dann für seine Projekte von Fall zu Fall eine Mehrheit suchen“, führt die [FRANKFURTER RUNDSCHAU](#) aus und hebt hervor: „Als Bonus bekämen wir eine Volksvertretung, in der die Entscheidungen nach Überzeugung getroffen würden statt nach Koalitionsrason. Auf Deutsch: mehr Demokratie.“

Im Schatten der bundesweiten Entscheidung wurde gestern auch auf Landesebene gewählt. Die [NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG](#) schreibt zu Mecklenburg-Vorpommern: „Fast 40 Prozent bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, das hätte der SPD noch vor Jahresfrist kaum einer zugetraut. Es darf neidlos gesagt werden: Es ist der Erfolg von Manuela Schwesig. Die Spitzenkandidatin der SPD hat in den vergangenen Wochen gekämpft wie eine Löwin, auch wenn ihr dabei das Amt als Ministerpräsidentin geholfen hat. Sie hat das Land anerkanntermaßen gut durch die Pandemie gesteuert“, lobt die [NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG](#) und hat auch noch einen Rat für die Landes-CDU parat: „Mit diesem Ergebnis kann man der Partei nur raten, in die Opposition zu gehen und sich dort zu erneuern. Weitere fünf Jahre an der Seite der SPD könnten die Union bis zur Bedeutungslosigkeit zerreiben.“

Nun noch ein Blick in den [TAGESSPIEGEL](#) aus Berlin, der sich mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beschäftigt: „Der Wahltag in Berlin verlief so, wie man die Stadt kennt: dysfunktional. Exemplarisch zeigte sich das am Wahltag selbst: In manchen Wahllokalen wurden die falschen Stimmzettel angeliefert, in anderen gingen sie sogar aus. Zuweilen mussten die Leute eine gefühlte Ewigkeit warten, manche gaben nach zwei Stunden Wartezeit auf: Für ältere Wähler standen selbst vor Schulen keine Stühle zur Verfügung. Die Unzufriedenheit über die dysfunktionale Stadt zeigt sich, wenn man so will, auch am Wahlergebnis für die Parteien“, glaubt der [TAGESSPIEGEL](#), mit dem diese Ausgabe der Presseschau endet.

Deutschlandradio © 2009-2021

Deutschlandradio [Datenschutz](#) [Hilfe](#) [Impressum](#) [Kontakt](#) [Presse](#)

Partner [ARD](#) [ZDF](#) [Phoenix](#) [arte](#) [Chronik der Mauer](#)